



Detailansicht des Registereintrags

K+S Aktiengesellschaft

Stand vom 27.06.2024 16:14:53 bis 01.07.2024 10:05:32

Aktiengesellschaft (AG)

Registernummer:	R001658
Ersteintrag:	25.02.2022
Letzte Änderung:	27.06.2024
Letzte Jahresaktualisierung:	27.06.2024
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: Bertha-von-Suttner-Straße 7 34131 Kassel Deutschland Telefonnummer: +4956193010 E-Mail-Adressen: corporate-communications@k-plus-s.com Webseiten: www.kpluss.com
Hauptstadtrepräsentanz:	Reinhardtstraße 18a 10117 Berlin Telefonnummer: +4915256737153 E-Mail-Adresse: hauptstadtbuero@k-plus-s.com
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23	
Wirtschaftliche Tätigkeit, Öffentliche Zuwendungen	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

1.290.001 bis 1.300.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

2,48

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Burkhard Lohr**
Funktion: Vorsitzender des Vorstands
2. **Dr. Carin-Martina Tröltzsch**
Funktion: Mitglied des Vorstands
3. **Dr. Christian Meyer**
Funktion: Mitglied des Vorstands
4. **Christina Daske**
Funktion: Mitglied des Vorstands

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):

1. **Dr. Cornelia Henning**
2. **Oliver Morgenthal**
3. **Dr. Hagen Trott**
4. **Dr. Ludger Waldmann**
5. **Markus Midden**
6. **Christian Storch**
Tätigkeit bis 02/22:
Mitarbeiter
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
7. **Dr. Jens Christian Keuthen**
8. **Dr. Burkhard Lohr**

Mitgliedschaften (3):

1. Verband der Kali- und Salzindustrie e.V., VKS
2. Verband der industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e.V., VIK
3. econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e. V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (10):

Allgemeine Energiepolitik; Sonstiges im Bereich "Energie"; Land- und Forstwirtschaft; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Öffentliches Recht; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Industriepolitik; Heimische Rohstoffgewinnung

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die bundespolitische Interessenvertretung der K+S Aktiengesellschaft dient dem Zweck, das grundsätzliche Verständnis für die heimische Rohstoffgewinnung von Kali- und Steinsalzen, dessen Wertschöpfung und volkswirtschaftliche Bedeutung im politischen Umfeld zu fördern. Darüber hinaus soll der transparente Dialog mit der Politik dazu beitragen, die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens sowie seiner über 10.000 Industriearbeitsplätze in Deutschland zu schützen. Neben der Rohstoff- und Umweltpolitik gehören zu den Interessensfeldern von K+S u.a. die Industrie- und Energiepolitik, die Agrar- und Ernährungspolitik sowie die für börsennotierte Unternehmen / Arbeitgeber relevanten Bereiche der Finanz-, Arbeits- und Sozialpolitik.

Konkrete Regelungsvorhaben (8)

1. Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen sowie die Förderung der heimischen Rohstoffgewinnung vor dem Hintergrund des BBergG

Beschreibung:

Mit Blick auf die Verabredung im Koalitionsvertrag der 20. Legislaturperiode wirbt die K+S AG dafür, das Bundesberggesetz regulatorisch so anzupassen, dass Planungs- und Genehmigungsprozesse beschleunigt werden, der wirtschaftliche Abbau heimischer Rohstoffe weiterhin ermöglicht wird und somit die Abhängigkeiten Deutschlands von ausländischen Rohstoffimporten reduziert werden.

Betroffenes geltendes Recht:

BBergG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Heimische Rohstoffgewinnung

2. Zielführende Vereinfachung bei Planung, Bau und Betrieb von Anlagen sowie Rohstoffgewinnungsverfahren mittels des 4. Bürokratieentlastungsgesetzes

Beschreibung:

Die K+S AG wirbt dafür, dass Planung, Bau und Betrieb industrieller Anlagen sowie der Ablauf von Rohstoffgewinnungsverfahren bürokratisch vereinfacht werden. Nur so kann die Rohstoffabhängigkeit Deutschlands reduziert und die Resilienz der deutschen Volkswirtschaft gestärkt werden.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/11306 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie - (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BergG [alle RV hierzu]; VwVfG [alle RV hierzu]; BImSchG [alle RV hierzu]; BImSchV 9 [alle RV hierzu]; UVPg [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Heimische Rohstoffgewinnung

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406260300 (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2406270182 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Sicherung der Antragsberechtigung und Durchführung weiterer Gebotsrunden bei der Förderrichtlinie Klimaschutzverträge

Beschreibung:

Das Förderprogramm „Klimaschutzverträge“ soll Industrieunternehmen dabei unterstützen, in klimafreundliche Produktionsanlagen zu investieren, deren Betrieb angesichts hoher Stromkosten in Deutschland andernfalls nicht wirtschaftlich wäre. Die K+S AG wirbt dafür, dass weitere Gebotsrunden durchgeführt werden und die Kali-Branche antragsberechtigt ist.

Betroffenes geltendes Recht:

HG 2024 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Heimische Rohstoffgewinnung

4. Implementierung von industriegerechter Planungssicherheit und -beschleunigung im Verwaltungsverfahren

Beschreibung:

Die K+S AG strebt zügige, verlässliche und rechtssichere Planungs- und Genehmigungsprozesse auf allen staatlichen Ebenen an sowie effektive Verwaltungsstrukturen, die Investitionssicherheit schaffen und Planungssicherheit ermöglichen. Nur so kann die Rohstoffabhängigkeit Deutschlands reduziert und die Resilienz der deutschen Volkswirtschaft gestärkt werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 369/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften (5. VwVfÄndG)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

VwVfG [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]; UVPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406270188 (PDF - 37 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. **Wiedereinführung des (Stromsteuer-)Spitzenausgleiches bzw. Beibehaltung der aktuellen Stromsteuer-Absenkung**

Beschreibung:

Die K+S AG strebt die Wiedereinführung des Spitzenausgleichs bei der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe an bzw. eine Verlängerung der aktuell geltenden Absenkung der Stromsteuer über das Jahr 2025 hinaus.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9792 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Zweite Beschlussempfehlung und Zweiter Bericht des Haushaltsausschusses - zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksachen 20/8298, 20/8765 - Entwurf eines Haushaltsfinanzierungsgesetzes

Betroffenes geltendes Recht:

StromStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]

6. Einführung einer angemessenen Regelung zum Ende der Abfalleigenschaft im Bereich der mineralischen Ersatzbaustoffe

Beschreibung:

Mit der Abfallende-Verordnung könnten bestimmte mineralische Ersatzbaustoffe (MEB) effektiver im Kreislauf geführt werden. Abfälle könnten vermieden und Ressourcen geschont werden. Die Herstellung sofort einsatzfähiger Recycling-Produkte trägt dazu bei, Transporte zu vermeiden und die Umweltbelastung zu reduzieren.

K+S begrüßt diese Initiative und erhofft sich vereinfachte Verfahren und eine positive Auswirkung auf die Zielwerte zur Verringerung von Abfällen und Energie (Abdeckung der Rückstandshalden).

Betroffenes geltendes Recht:

KrWG [alle RV hierzu]; ErsatzbaustoffV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

7. Angemessene und verhältnismäßige Reform des BBodSchG

Beschreibung:

Es gab eine Ankündigung des BMUV, das BBodSchG zu novellieren (Arbeitsauftrag aus dem Koalitionsvertrag). Dazu wurde im März 2022 ein Eckpunktepapier vorgelegt. Des Weiteren hat das BMUV beim Umweltbundesamt ein Fachgutachten zu Rechtsfragen in Zusammenhang mit einer Novelle des BBodSchG in Auftrag gegeben.

Für K+S (und die Resilienz Deutschlands) ist es wichtig, dass der Rohstoffabbau in Deutschland durch neue Vorgaben und Regelungen nicht unverhältnismäßig stark belastet bzw. verhindert oder unwirtschaftlich gestellt wird.

Betroffenes geltendes Recht:

BBodSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Heimische Rohstoffgewinnung

8. Gleichlauf einsetzbarer Abfälle in der ErsatzbaustoffV und den "TR - Anforderungen an die Verwertung von bergbaufremden Abfällen im Bergbau über Tage"

Beschreibung:

Durch Inkrafttreten der Ersatzbaustoffverordnung am 1. August 2023 ist eine Überprüfung der "Technischen Regeln - Anforderungen an die Verwertung von bergbaufremden Abfällen im Bergbau über Tage" erforderlich. Die Technischen Regeln betreffen u. a. die Abdeckung von Kalihalden.

Für K+S ist es wichtig, dass eine Analogie zur Ersatzbaustoffverordnung bzgl. der einsetzbaren Abfälle hergestellt wird, damit die Rückstandshalden aus dem Kalibergbau aus

dem laufenden Betrieb heraus von K+S eigenständig und nachsorgefrei abgedeckt werden können, ohne gesellschaftliche Altlasten zu hinterlassen.

Betroffenes geltendes Recht:

KrWG [alle RV hierzu]; BBodSchV 2023 [alle RV hierzu]; DepV 2009 [alle RV hierzu]; BBergG [alle RV hierzu]; ErsatzbaustoffV [alle RV hierzu]; AbfKlärV 2017 [alle RV hierzu]; BioAbfV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Heimische Rohstoffgewinnung

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (3):

1. Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Eschborn

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Umweltbonus (Förderung für elektrisch betriebene Fahrzeuge)

2. Bundesministerium für Bildung und Forschung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Bonn

Betrag: 1 bis 10.000 Euro

Wasserrückgewinnung aus Haldensickerwässern auf der Basis von Membrandestillationsprozessen und Kopplung mit Kristallisation

3. Bundesministerium für Bildung und Forschung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Bonn

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Recycling von industriellen salzhaltigen Wässern durch Ionentrennung, Konzentrierung und intelligentes Monitoring

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

K_plus_S_Geschaeftsbericht_2023.pdf